

SWOT-Analyse | Sambia | Außenwirtschafts-, Industriepolitik

06.02.2020

## SWOT-Analyse - Sambia

### Unruhiges Fahrwasser vor den Wahlen 2021 / Von Marcus Knupp

**Berlin (GTAI) - Sambia, traditionell eines der politisch stabilsten Länder Afrikas, steht aktuell gleich mehrfach vor großen Herausforderungen.**

Mit knapp 18 Millionen Einwohnern und einer Fläche von rund 753.000 Quadratkilometern nimmt Sambia im südlichen Afrika eine mittlere Position ein. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von knapp 17 Milliarden US-Dollar macht es zur drittgrößten Volkswirtschaft der Region nach Südafrika und Angola. Aufgrund seiner Binnenlage grenzt Sambia an acht Nachbarländer. Über Tansania gibt es auch engen Kontakt nach Ostafrika.

### SWOT-Analyse Sambia

Strengths (Stärken)	Weaknesses (Schwächen)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umfangreiche Rohstoffvorkommen</li> <li>• Wasserreichtum</li> <li>• Weit ausgebautes Straßennetz</li> <li>• Relativ stabile politische Lage</li> <li>• Regionale Zusammenarbeit in Southern African Development Community (SADC)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Binnenlage sorgt für hohe Transportkosten</li> <li>• Einseitige Abhängigkeit von Hydroenergie</li> <li>• Mangel an Facharbeitern</li> <li>• Ineffiziente Verwaltung</li> <li>• Diversifizierung der Wirtschaft gering</li> </ul>
Opportunities (Chancen)	Threats (Risiken)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abbau weiterer Rohstoffe neben Kupfer</li> <li>• Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere Solar</li> <li>• Großes landwirtschaftliches Potenzial</li> <li>• Steigender Konsum durch wachsende Mittelschicht</li> <li>• Verbesserte Infrastruktur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Starke Abhängigkeit vom Kupferabbau und von den Weltmarktpreisen</li> <li>• Hohe Staatsverschuldung</li> <li>• Zunehmende politische Spannungen</li> <li>• Nahrungsmittelknappheit durch ineffiziente Landwirtschaft</li> <li>• Beeinträchtigung durch wirtschaftliche Krise in Südafrika</li> </ul>

## Kupferpreis bestimmt die Richtung

Etwa 70 Prozent seiner Exporteinnahmen erzielt Sambia mit Kupfer. Die Entwicklung der Weltmarktpreise für das Metall hat daher erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage. Die Regierung in Lusaka strebt die Diversifizierung des Bergbaus durch Abbau weiterer Bodenschätze wie Gold, Kobalt oder Zink an. Das dürfte aufgrund der im Bergbau bestehenden Strukturen kurzfristig schneller umzusetzen sein als eine Verbreiterung der produktiven Basis insgesamt.

Beim Aufbau einer breiteren Konsumgüterindustrie steht Sambia im Wettbewerb mit anderen Ländern der Region, nicht zuletzt mit dem wirtschaftlich weiter entwickelten Südafrika. Erfolgversprechend erscheint aufgrund des großen landwirtschaftlichen Potenzials vor allem die Nahrungsmittelindustrie. Aber auch diese leidet unter den hohen Transportkosten und der noch wenig leistungsfähigen Logistik.

## Investitionsboom führt in Schuldenfalle

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für Investitionen in die lokale Produktion ist gerade für ein Binnenland wie Sambia eine leistungsfähige Transportinfrastruktur, die den Zugang zu internationalen Märkten gewährleistet. Satte Einnahmen aus dem Kupferexport und Wachstumsraten des BIP von 7 Prozent und mehr in den Jahren 2003 bis 2010 haben dem Bau von Straßen, Flughäfen und Staudämmen einen deutlichen Schub gegeben.

Gleichzeitig brachte die leichtfertige Aufnahme von Krediten eine sprunghaft ansteigende öffentliche Verschuldung. Mit sinkenden Rohstoffpreisen hat sich die Konjunktur in den letzten Jahren deutlich abgekühlt. Der sambische Staatshaushalt ist aktuell infolge fortwährend hoher Ausgaben mit immer größeren Budgetlücken konfrontiert. Die pünktliche Rückzahlung der Schulden steht derzeit in Frage.

## Klimawandel fordert Anpassungen

Verschärft hat sich die Krise in den letzten beiden Jahren durch ausbleibende Regenfälle. Die Trockenheit hat einerseits die Ernten wichtiger Anbauprodukte wie Mais einbrechen lassen und andererseits zu Rekord-Tiefständen in den sambischen Stauseen geführt. Da die Stromproduktion Sambias zu circa 95 Prozent von der Wasserkraft abhängt, kommt es auch hier zu Engpässen mit negativen Folgen für die Produktion in Bergbau und Industrie.

Infolge des globalen Klimawandels steigt die Gefahr von Dürrejahren. Deshalb muss Sambia seine Landwirtschaft mittelfristig resistenter gegen temporären Regenmangel machen, etwa durch verbesserte Fruchtfolgen oder den Ausbau von Bewässerungsmöglichkeiten. Zudem muss das Land die Elektrizitätserzeugung auf eine breitere Basis stellen, wofür sich wegen der hohen Einstrahlung vor allem die Solarenergie anbietet.

## Politische Stabilität gefährdet

Sambia war seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1964 immer von einer vergleichsweise hohen politischen Stabilität gekennzeichnet. Mit Erfolg konnte der erste Präsident der Republik Kenneth Kaunda Konflikte zwischen den rund 70 ethnischen Gruppen unter dem Motto "One Zambia, one Nation" verhindern. Die Wahlergebnisse der letzten 10 Jahre zeigen jedoch eine wachsende Polarisierung, nicht nur zwischen der regierenden Patriotic Front (PF) und der Oppositionspartei United Party for National Development (UPND), sondern auch zwischen den östlichen und den westlichen Landesteilen.

Die Lage ist durch Nahrungsmittelengpässe und Preissteigerungen, zum Beispiel für Energie, angespannt. Aber die Regierung hat aufgrund der hohen Zinslasten kaum Spielraum, im Vorfeld der Wahlen im August 2021 lindernde Maßnahmen zu ergreifen. Beobachter sehen hier ein wachsendes Konfliktpotenzial durch Proteste und ein mögliches härteres Durchgreifen der Regierung.

Mehr zum Land finden Sie unter: <http://www.gtai.de/sambia>

## Dieser Inhalt ist relevant für:

Sambia

Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Konjunktur / SWOT-Analyse

Wirtschaftsumfeld

## Kontakt

Edith Mosebach

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 288

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2020 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.